



## **Kleine Anfrage**

**Rolf Kahnt (AfD), Heiko Scholz (AfD)**

### **Scheitern des Nationalen Bildungsrats**

#### **Vorbemerkung:**

Am Sonntag, dem 24. November 2019, verkündete Ministerpräsident Markus Söder gegenüber dem Bayrischen Rundfunk den Ausstieg Bayerns aus dem im Koalitionsvertrag der Bundesregierung geplanten Nationalen Bildungsrat. Wenige Stunden später schloss sich die Kultusministerin Baden-Württembergs der Entscheidung Bayerns an.

Die Entscheidung der beiden bildungsstarken Länder beruht laut Aussagen von Herrn Söder und Baden-Württembergs CDU-Bildungsministerin Susanne Eisenmann in verschiedenen Medien (u.a. Merkur und FAZ jeweils vom 26.11.2019) sowohl in der Sorge um eine Aufweichung des Bildungsföderalismus durch den Bund, als auch eine Verschlechterung des Bildungsniveaus in ihren Ländern.

Laut FAZ vom 26. November 2019 „hätten die Ministerpräsidenten Volker Bouffier, Armin Laschet und Markus Söder dem Bildungsrat in der Ministerpräsidentenkonferenz nie zugestimmt“. Im gleichen Artikel wird Kultusminister Prof. Alexander Lorz zitiert, er wolle sich darauf konzentrieren, das ambitionierte Vorhaben eines Länderstaatsvertrags abzuschließen.

Bereits seit Anfang 2018 setzt sich Baden-Württemberg für den Abschluss eines „Länderstaatsvertrags im Sinne eines kooperativen Bildungsföderalismus“ zur Verbesserung von Transparenz, Qualität und Vergleichbarkeit der Schulsysteme ein. (Quelle: Website Kultusministerium Baden-Württemberg)

#### **Wir fragen die Landesregierung:**

- 1.) Welche konkreten Kritikpunkte sieht die Landesregierung an dem im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankerten Nationalen Bildungsrat?
- 2.) Welche positiven Auswirkungen verbindet die Landesregierung mit der Einrichtung eines Nationalen Bildungsrats?
- 3.) Sollte die Berichterstattung in der FAZ vom 26.11.2019 (s.o.) zutreffen, welche konkreten Gründe hat die Landesregierung, im Gegensatz zu Bayern und Baden-Württemberg ihrerseits bislang nicht aus der Planung des Bildungsrats auszusteigen?

- 4.) Was sind aus Sicht des Präsidenten der Kultusministerkonferenz die Gründe für die überwiegend sehr negativen Äußerungen der SPD-geführten Länder zum Scheitern des Bildungsrats?
- 5.) Wie bewertet die Landesregierung das Vorhaben, einen „Länderstaatsvertrag für gute Bildung“ (Kultusministerin Eisenmann) abschließen zu können?
- 6.) Wird bereits im Hessischen Kultusministerium an einem Länderstaatsvertrag gearbeitet, der eine Etablierung des Bildungsrats vorsieht?
- 7.) In welchem Zeitrahmen ließe sich aus Sicht der Landesregierung und des Präsidenten der Kultusministerkonferenz ein solcher Länderstaatsvertrag realisieren?
- 8.) Welche positiven und negativen Aspekte im Vergleich zum Bildungsrat erkennt die Landesregierung im Abschluss eines Länderstaatsvertrags?
- 9.) Welche Alternativen insbesondere zur Verbesserung der Vergleichbarkeit der Bildungsstandards und Schulabschlüsse sieht die Landesregierung für den Fall, dass nicht alle 16 Bundesländer dem Abschluss eines verbindlichen Länderstaatsvertrags, der nach Ratifizierung durch die Ministerpräsidenten und Landesparlamente den Rang eines Landesgesetzes haben würde, zustimmen?

Wiesbaden, den 04.12.2019



(Rolf Kahnt)



(Heiko Scholz)